

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	564
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	656/2016
		GZ:	StU 2040-03
Sitzungstermin:	29.11.2016		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / de		
Betreff:	EU-Projekt ENERGY@SCHOOL		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 16.11.2016, GRDRs 656/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Durchführung des von der EU mit einer Summe von 220.946 Euro geförderten Projekts "ENERGY@SCHOOL" vom 1. Juli 2016 bis zum 30. Juni 2019 durch das Amt für Umweltschutz wird zugestimmt. Die Gesamtaufwendungen des Vorhabens liegen bei 276.183 Euro.
2. Vom zusätzlichen Personalbedarf beim Amt für Umweltschutz für das Projekt "ENERGY@SCHOOL" im Umfang von bis zu 17 Personenmonaten in der Entgeltgruppe EG 13 TVöD wird Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird ermächtigt, außerhalb des Stellenplans, während der Projektlaufzeit Personal im Umfang von bis zu 17 Personenmonaten einer Vollzeitkraft in der Entgeltgruppe EG 13 TVöD einzustellen, jedoch nur soweit dies durch Erträge aus Fördermitteln gedeckt ist und vorhandene Personalkapazitäten nicht ausreichen.
3. Darüber hinaus entstehen zur Durchführung des Projekts Sachkosten in Höhe von 111.183 Euro. Die Finanzierung der Sachkosten erfolgt mit 88.946 Euro aus den zugesagten Fördermitteln und in Höhe von 22.237 Euro aus dem Budget des Amtes. Die Mittelbereitstellung aus dem Budget des Amtes für Umweltschutz stellt sich wie folgt dar:

Teilergebnishaushalt 360 – Amt für Umweltschutz, Amtsbereich 3607020 – Energiewirtschaft, Kontengruppe 42510 (sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und Kontengruppe 44310 (Geschäftsaufwendungen)

14.051 Euro.

Teilfinanzhaushalt 360 – Amt für Umweltschutz, Projekt Nr. 7.369999 – sonstige Investitionen, Auszahlungsgruppe 783 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen)

8.186 Euro.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StRin Bulle-Schmid (CDU) fragt nach den Kriterien zur Auswahl der Schulen für dieses Projekt, ob alle Schularten darin berücksichtigt werden und ob es sowohl für noch nicht sanierte Schulen als auch für Schulen nach erfolgter Sanierung gedacht ist. Außerdem möchte sie wissen, ob die Umrüstung ausschließlich die Erfassungsgeräte und die Visualisierung beinhaltet, oder ob darüber hinaus noch Investitionen getätigt werden müssen. Ihres Erachtens sollte für alle Schüler ein gewisser Lerneffekt durch solche Projekte entstehen, nicht nur für die "Energy Guardians". Weiter bittet sie darum, nach drei Jahren einen Abschlussbericht zu geben.

StR Körner (SPD) regt an, bei der Auswahl der Schulen für dieses Projekt möglichst alle Schularten zu berücksichtigen und - wenn möglich - auch ein oder zwei Schulen auszuwählen, wo demnächst eine größere Sanierung oder ein Neubau ansteht.

StR Dr. Schertlen (STd) erkundigt sich danach, zu welchem Anteil Energiebeobachtung erfolgen wird und zu welchem Anteil Hausautomatisierung auf den Weg gebracht wird. Mit Blick auf die vorgesehene Entwicklung einer Smartphone-App, die den Energieverbrauch wiedergibt, schlägt er vor, stattdessen auf die von der EnBW oder auf eine von anderen Anbietern bereitgestellte App zurückzugreifen.

Herr Dr. Görres (AfU) berichtet, die Auswahl der Schulen richte sich aus an dem Projektinhalt. Es gehe darum, die Nutzersensibilisierung voranzutreiben sowie die Schulen vertieft im Energiedienst anzuschauen. In den Schulen seien teilweise Messgeräte eingebaut, wo die Fachverwaltung tagesscharf Zählerstände bekommt. Daher habe man bei der Auswahl darauf geachtet, wo gibt es bereits erste Messzellen, und wo sind Geräte, die in der automatischen Erfassung einen Defekt haben, um eine Synergie zu erzielen. Mit den Rektoren von fünf ausgewählten Schulen habe man den Kontakt gesucht, sodass er davon ausgehe, die Auswahl noch in dieser Woche abschließen zu können. Er sagt zu, die Namen der fünf Schulen nachzureichen.

Es handle sich um ein Gymnasium und Realschulen, möglicherweise komme noch eine Werkrealschule hinzu. Grundschulen sollten nicht an dem Projekt teilnehmen, um die Vergleichbarkeit mit den anderen europäischen Partnern sicherzustellen. Eine der ausgewählten Schulen stehe an zur Sanierung. Jedoch könne es ein Hemmnis sein, jemandem, der sich über den Status Quo seiner Schule beklagt, aufzugeben, durch das geänderte Nutzerverhalten zu versuchen, Energie einzusparen. Man wolle natürlich die

gewonnenen Erkenntnisse nutzen, um sie auf andere Schulen zu übertragen und das ohnehin laufende Less-Projekt ggfs. zu ergänzen und zu optimieren.

Zur Frage des Anteils an Gebäudeleittechnik führt er aus, das Projekt sehe nicht vor, diesbezüglich etwas zu verändern oder zu ergänzen. Wenn man aber durch das Projekt Erkenntnisse gewinnen sollte, dass etwas im Argen liegt, so werde man dies über das stadtinterne Contracting finanzieren, nachrüsten und korrigieren.

Teil des Projektantrags war es, dass einer der europäischen Projektpartner eine App entwickeln will. Man werde prüfen, ob diese App für Stuttgart übertragen werden kann, gleichzeitig aber den Markt in Stuttgart sondieren. Letztlich müsse man entscheiden, welche App tatsächlich eingesetzt wird.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Faßnacht / de

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 5. Referat T
Hochbauamt (2)
 6. GPR (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN